

## Marx und die direkte Demokratie

Alfred Müller, 15.4.24

Viel wurde über Karl Marx geschrieben, doch wenig über sein Verhältnis zur direkten Demokratie und der daraus folgenden Strategie zur Überwindung des Kapitalismus. Dies ist kaum nachvollziehbar, da Marx die Pariser Kommune als Vorbild für die Diktatur des Proletariats ansah und viele Arbeiterinnen und Arbeiter in den 1918er Jahren zur Systemtransformation forderten: Alle Macht den Räten. Ich versuche, in diesem Artikel einige Marx - Ausführungen darzustellen und so die Bedeutung der direkten Demokratie für das Marxsche Denken und Handeln und die daraus folgende politische Leitfunktion für die Linke aufzuzeigen.

### Marx demokratische Grundhaltung

Karl Marx erstellte keine zusammenfassende Demokratietheorie, aber in seinen Ausführungen und in seiner praktischen Politik nahm die direkte Demokratie einen zentralen Platz ein. Historischer Hintergrund seines Demokratiekonzeptes war die Athenische Demokratie, in der das freie Volk direkt an den zentralen politischen Entscheidungen beteiligt war. Diese Demokratieform hatte er in seinen Studien zur antiken Philosophie, in seiner Kritik an der Hegelschen Staats- und Demokratietheorie, in seiner Doktorarbeit „Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie“ und in seiner Berichterstattung über die vorhandenen sozialen Missstände kennen- und schätzen gelernt. Marx Herz schlug schon in den jungen Jahren für die ärmeren und besitzlosen Menschen, für die Basisdemokratie und für den Abbau von Herrschafts-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnissen. Diese humanpolitische Haltung prägte seine frühen und späten „demokratischen Auffassungen“ (MEW 4, S.537).

In seiner Kritik an der Hegelschen Staats- und Demokratietheorie und der Hegelschen Monarchieverherrlichung setzte sich Marx bereits im Alter von 24 Jahren für die Selbstbestimmung und Selbstregierung des Volkes und als Garant für die Menschenrechte für die ungeteilte Volkssouveränität ein. Das menschliche Recht sei „das Dasein der Freiheit“ (MEW 1, S.115) und das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit, könne „aus der Gesellschaft wieder eine Gemeinschaft der Menschen für ihre höchsten Zwecke, einen demokratischen Staat machen“(MEW 1, S.339). Das Volk solle „der wirkliche Staat“ sein, betonte der junge Marx (MEW 1, S.229). und nur „in der Demokratie erscheint die Verfassung selbst [...] als eine [...] Selbstbestimmung des Volkes, [...] als sein eignes Werk“ (MEW 1, S.231). Marx plädierte für die „entwickelte Idee“ der Demokratie, die ihm als „das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen“ galt, weil sie auf „den wirklichen Menschen, das wirkliche Volk“ zurückgreife (MEW 1, S.231).

Die Bevölkerungsmehrheit, die gesellschaftliche Basis, und nicht die Minderheit der Herrschenden solle die Verfassung, die Gesetzgebung und die Staatsgewalt dirigie-

ren und kontrollieren. „Erst wenn das Volk als Souverän, d.h. als Quelle allen Rechts anerkannt ist, entscheidet es“, verdeutlicht Ingeborg Maus, „über den Fortbestand und über die Änderung geltenden Rechts gleichermaßen.“<sup>1</sup>

Aufgrund seiner demokratischen Grundhaltung kritisierte Marx Hegels autokratische Staatsauffassung. Hegels Standpunkt war: Die einzig sinnvolle Staatsform konnte nach seiner Meinung nur die Monarchie sein. Das Volk würde nichts verstehen, sei vernunftlos, wild und vollbringe nur das Schlechte.<sup>2</sup> Daher lehnte Hegel die Idee der Volkssouveränität und mit ihr die demokratische republikanische Staatsverfassung kategorisch ab. Für den jungen Marx dagegen war das Volk der Souverän. Autoritäre Regierungssysteme, wie die Despotie und die Monarchie, verachten den Menschen und seien menschenunwürdige Herrschaftsformen (vgl. MEW 1, S.340). Die Obrigkeitsorientierung Hegels fand Marx „ekelhaft“ (MEW 1, S.330). Marx ließ die Demokratie von der Bevölkerung ausgehen, von der unmittelbaren „Teilnahme Aller an der Beratung und Beschließung über die allgemeinen Staatsangelegenheiten“ (MEW 1, S.321), in der der Staat „eine besondere Daseinsform des Volkes“ [...] „eine Selbstbestimmung des Volkes“ ist (MEW 1, S.232) und das „Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit, [...] eine Gemeinschaft der Menschen, [...] einen demokratischen Staat“ (MEW 1, S.339) macht.

So heißt es im Kommunistischen Manifest 1848: Der „erste Schritt in der Arbeiterrevolution [ist] die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie. [...]. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“ (MEW 4, S.481).

Marx war bis zu seinem Tode ein konsequenter Vertreter der Humanität und der Basisdemokratie und setzte sich entsprechend ein:

- für die Aufhebung „aller Verhältnisse [...], in denen der Mensch eine erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1, S.385),
- für die Beseitigung der Ausbeutung, Unterjochung und Unterdrückung (vgl. MEW 16, S.11, 56; GR, S.545; MEW 4, S.181),
- für die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller (vgl. MEW 4, S.482),
- für die Emanzipation der Menschen, die universelle Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Individuen, ihre Selbstverwirklichung und die freie Entfaltung der Persönlichkeit (vgl. GR, S. 58, 231, 387, 505, 599f; MEW 1, S.356, 361, 370, 390f; MEW 40, S.539ff; MEW 3, S.37),

---

<sup>1</sup> Maus, Ingeborg (2019), S.340

<sup>2</sup> Vgl. Hegel, G.W.F.: „Grundlinien der Philosophie des Rechtes“: §301, §303, §316, §317, §318, §544

- für die Aufhebung der Entfremdung von sich selbst, dem Mitmenschen, der Gesellschaft, der Natur, vom Produkt und vom Produktionsprozess (vgl. MEW 40, S. 505ff, 515, 536f; MEW 1, S.233),
- für die Verwirklichung der Bürger- und Menschenrechte (vgl. MEW 1, S.311, 362ff),
- für die Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Berufs-, Glaubens- und Religionsfreiheit (vgl. MEW 34, S.316; MEW 16, S.75ff),
- für ein System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten (vgl. MEW 16, S.195; MEW 4, S.48, 181, 482),
- für die demokratische Entscheidungsbeteiligung aller (vgl. MEW 1, S.321),
- für die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln als Ursache der Fremdherrschaft, der Ausbeutung, der Entfremdung und der sozialen Ungleichheit (vgl. MEW 40, S.534, 535f, 553; MEW 3, S.76; MEW 4, S.475),
- für die Überführung der Unternehmen in Gemeineigentum (vgl. MEW 1, S.391; MEW 23, S.789, 791; MEW 40, S.540; MEW 4, S.476f),
- für die „Aufhebung der Selbsttäuschung und Resignation“ (MEW 1, S.381) und
- für die Aufhebung aller Klassen (vgl. MEW 28, S.508).

Marx war sich bewusst, dass aufgrund der Systemzwänge und der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse die geforderten Rechte und Freiheiten im Kapitalismus nicht zu realisieren sind. Daher sei eine Überwindung des Kapitalismus unerlässlich. Verfassungsrechte hätten in diesem System nur einen formalen Charakter, die in der Praxis nicht eingehalten werden und nur der Verschleierung der Ausbeutungsverhältnisse dienen. Die formulierten Menschenrechte seien im Kapitalismus individuelle, egoistische von der Gemeinschaft getrennte Rechte und würden nicht die Gemeinschaft stärken, sondern zur Absonderung von den Mitmenschen führen (vgl. MEW 1, S.364f, 369). Anstatt die politische Teilhabe zu fördern, treibe der Kapitalismus die Entpolitisierung voran. Die Mehrheit der Bevölkerung sei zwar frei geboren, läge aber überall in den Ketten der kapitalistischen Produktionsweise. Die wichtigsten Merkmale des emanzipierten Menschen seien seine Freiheit und Selbstbestimmung – und gerade diese werden ihm in der kapitalistischen Gesellschaft aufgrund der menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen genommen. Zwar heißt es im deutschen Grundgesetz, die staatliche Gewalt habe die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, doch dies sind nur Floskeln und Täuschungen.

### **Marx demokratische Praxis**

Marx vertrat die Demokratie nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Während seiner Zeit in Brüssel (1845 – 1848) war er Vizepräsident der Demokratischen Gesellschaft. Gleich nach seiner Rückkehr nach Deutschland gründete er mit der Neuen Rheinischen Zeitung das »Organ der Demokratie«, das nationale Bedeutung erlangte und die Ideen der Demokratie verbreitete.

Gleichzeitig war er in Köln (April 1848 bis zu seiner Ausweisung Mai 1849) Mitglied der Demokratischen Gesellschaft. In London war er von 1864 bis 1872 führendes

Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), die sich für die Wahlrechtsreform, die Sklavenemanzipation, die nationale Emanzipation und für die Emanzipation der Arbeiterklasse, der Bevölkerungsmehrheit, einsetzte.

### **Marx zur parlamentarischen Demokratie**

Marx war zwar ein Anhänger der direkten Demokratie, gleichfalls setzte er sich in bestimmten Situationen für die parlamentarische Demokratie ein. Diese würde die „Fraktionen der herrschenden Klasse am wenigsten“ (MEW 17, S.337) trennen, sei, so Marx, ein zentrales Mittel der Feudalismusüberwindung und könne als kapitalistische Staatsform dazu dienen, als Ergänzung zum außerparlamentarischen Kampf, die Interessen der Lohnarbeiter zu vertreten. Solange der Parlamentarismus existiert, sollte er, verdeutlichte ebenfalls Engels, „zur Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus“ (Engels, MEW 36, S. 55) genutzt werden.

Die parlamentarische Demokratie ist nach Ansicht von Marx und Engels keine demokratische Staatsform. Sie sei eine Herrschaftseinrichtung der Bourgeoisie und nichts anderes als eine „Maschine der Klassenherrschaft.“ (MEW 17, S.336), eine „kapitalistische Herrschaftsform in der die Bevölkerungsmehrheit von der Herrschaft ausgeschlossen ist“ (MEW 17, S.336, 545). Sie diene dazu, die „gemeinschaftlichen Interessen“ (MEW 3, S.347) der Bourgeoisie zu vertreten, ihr Eigentum zu sichern und die gesellschaftlichen Realitäten zu verschleiern. Die Bevölkerung könne zwar bei den Wahlen ihr Kreuzchen machen, müsse sich aber generell den Entscheidungen der Herrschenden beugen. Mit einer Demokratie habe die liberale Demokratie nichts zu tun. In ihr würde das Volk nicht herrschen, sondern von einer kleinen Minderheit beherrscht werden. Das allgemeine Stimmrecht sei nur ein „Spielzeug in der Hand der herrschenden Klassen [...] vom Volk nur anwendbar, um einmal in vielen Jahren die parlamentarische Klassenherrschaft zu sanktionieren“ (MEW 17, S.544). „Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen“ (MEW 17, S.340).

Zugleich würde bei einer Erhebung des Proletariats, wie geschehen 1871 in der Pariser Kommune und in der 1918/19 bestehenden deutschen Räte-demokratie, die herrschende Klasse die parlamentarische Staatsmacht rücksichtslos als „Kriegswerkzeug des Kapitals“ (MEW 17, S.337) benutzen, um die revolutionäre Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Ebenfalls würde der ununterbrochene „Kreuzzug gegen die produzierenden Massen“ das Kapital zwingen „die vollziehende Gewalt (die Regierung und die Verwaltung, AM) mit stets wachsender Unterdrückungsmacht auszustatten“ (MEW 17, S.337) und das Parlament, wie es zur Zeit geschieht, mehr und mehr zugunsten der Exekutive entmachten. Das Kapital fürchte die demokratische Macht des Volkes und würde in kritischen Momenten eine Diktatur der Minderheit „einer demokratischen und sozialen Republik vorziehen“ (MEW 7, S.506).

Eine emanzipative humane Gesellschaft könne, folgerte Marx, nicht durch den Parlamentarismus und durch friedliche parlamentarische Mittel erreicht werden. Die sei

angesichts der bestehenden kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, der enormen Manipulationsmöglichkeiten des Kapitals und der Ohnmacht des Staates ein fataler Irrtum. Die parlamentarische Demokratie sei dazu da, das kapitalistische System zu verteidigen und nicht aufzuheben. Mit der parlamentarischen Demokratie versuchen die Kapitaleigner und ihre Apologeten zugleich Illusionen über die Demokratie zu streuen und so die wahren Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Die von den heutigen Keynesianern vielbeschworene Fähigkeit des Staates zur Behebung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Missstände teilt Marx nicht. Der kapitalistische Staat könne, so Marx, aufgrund der Systemzwänge nur geringe Erfolge erzielen (vgl. MEW 3, S.348).

Die „Bourgeoisie würde „dem Staat nicht erlauben, sich in ihre Privatinteressen einzumischen, und ihm nur so viel Macht geben, als zu ihrer eignen Sicherheit und Aufrechterhaltung der Konkurrenz nötig ist“ (MEW 3, S.339). Der kleinbürgerliche Glaube, dass der Staat „sich als eine dritte Macht gegen [die] herrschende Klasse konstituiert und alle Gewalt ihr gegenüber in sich absorbiert“ (MEW 3, S.339) sei eine Illusion. So können nach Marx, anders als der Ökonom Thomas Piketty behauptet<sup>3</sup>, die ungerechten Verteilungsverhältnisse im Kapitalismus durch die Steuerreform, „das Steckenpferd aller radikalen Bourgeoisie [...] höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage“ (MEW 7, S. 285) aufgehoben werden. Das keynesianische Primat der Politik scheitere an den realen Verhältnissen und sei „in letzter Instanz nur der Vollstrecker der ökonomischen Notwendigkeiten“ (MEW 38, S.365). „Die Gesetzgebung wird immer gezwungen sein, sich ihnen anzupassen“ (MEW 18, S.60).

Trotzdem sollten die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterklasse an Parlamentswahlen teilnehmen, im Parlament mitarbeiten, „um ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen“ (MEW 7, S.251) und versuchen arbeiterfreundliche Reformen durchzusetzen.

Wer allerdings als Linker an den parlamentarischen Weg glaube, unterliege einer unheilbaren Krankheit: dem „parlamentarischen Kretinismus, der die Angesteckten in eine eingebildete Welt festbannt und ihnen alle Sinne, [...] alles Verständnis für die rauhe Außenwelt raubt“ (MEW 8, S.173). Diese Krankheit, sei so Engels ein „Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Überzeugung erfüllt, dass die ganze Welt, deren Vergangenheit und deren Zukunft, durch die Stimmenmehrheit gerade jener Vertretungskörperschaft gelenkt und bestimmt wird, die die Ehre hat, sie zu ihren Mitgliedern zu zählen“ (Engels, MEW 8, 87). Statt „eine außerparlamentarische Stellung im Parlament einzunehmen“ (MEW 6, S.373), würden die entschiedenen Mitglieder der Linken ein Zugeständnis nach dem anderen machen und wider aller Erfahrung die Hoffnung nicht aufgeben, im Parlament die Mehrheit erzielen zu können.

---

<sup>3</sup> Piketty, Thomas (2022), S.171ff

Marx Kritik des Parlamentarismus deckt sich mit der Einschätzung des Kognitionspsychologen Rainer Mausfeld, nach dem die repräsentative Demokratie nicht mit dem Leitprinzip der Demokratie, der Herrschaft des Volkes, vereinbar sei; die repräsentative die wahre Demokratie auf den Kopf stelle und nichts anderes darstelle als eine Herrschaft der politischen und ökonomischen Eliten. Nach Mausfeld ist der Kapitalismus im Gegensatz zur Auffassung der liberalen Demokraten<sup>4</sup> mit der Demokratie unvereinbar.<sup>5</sup> Der Kapitalismus verlange „eine Unterwerfung unter die Machtverhältnisse, in denen eine Minderheit von Besitzenden Macht über eine Mehrheit von Nichtbesitzenden ausübt.“<sup>6</sup> Im Kapitalismus müsse sich das Volk den betrieblichen Kommandostrukturen und den Verwertungsbedingungen des Kapitals unterwerfen und sich den Systemzwängen beugen. In den Betrieben herrsche eine Fremdherrschaft und auf den Märkten die Macht des Geldes. Beide Verhältnisse seien undemokratisch. „Parlamentswahlen spielen [...] in kapitalistischen Demokratien für alle grundlegenden politischen Entscheidungen keine

Rolle. [...] Die unteren 50% auf der Einkommensskala haben nur einen vernachlässigbaren ‚Fast-Null‘ - Einfluss auf politische Entscheidungen.“<sup>7</sup>

Wozu dienen dann die Parlamentswahlen, wenn die Massen machtlos sind? Nach dem Politikwissenschaftler Johannes Agnoli haben sie eine Zählungs-, Integrations-, Kanalisierungs- und Stabilisierungsfunktion, die den Schein der Partizipation aufrechterhalten und besonders geeignet sind, „dem einzelnen isolierten und abstrakten Bürger die Befriedigung des Entscheidungsbedürfnisses zu vermitteln.“<sup>8</sup>

Ähnlich wie Mausfeld argumentiert der britische Soziologe Colin Crouch: Der Staat müsse sich im Kapitalismus der Kapital- und Marktlogik unterwerfen. Er stünde unter der Vorherrschaft der Konzerne, die Wahlen seien ein reines Spektakel und die Politik sei im Kapitalismus eine Angelegenheit der Wirtschaftseliten.<sup>9</sup> Ebenfalls ist für Ullrich Mies die parlamentarische Demokratie nichts anderes als eine Fassadendemokratie, in der der „Souverän“ drangsaliert, ruhiggestellt und verdummt und von der Diktatur des Kapitals gelenkt wird<sup>10</sup>. „Abgeordnete machen sowieso, was sie wollen, wenn sie erst einmal im Amt sind“, schreibt Wolfgang Koschnik<sup>11</sup> (S.7), das System

---

<sup>4</sup> Vgl. Selk, Veith (2023), S.65ff

<sup>5</sup> Vgl. Mausfeld, Rainer (2023), S.431, Mausfeld, Rainer (2018), S.193

<sup>6</sup> Mausfeld, Rainer (2023), S.430

<sup>7</sup> Mausfeld, Rainer (2024): Demokratie am Abgrund? Vortrag, <https://www.youtube.com/watch?v=8YYycaOx51s>

<sup>8</sup> Agnoli, Johannes (2004), S.103

<sup>9</sup> Vgl. Crouch, Colin (2008), S.9,10,30ff,128f; Crouch, Colin (2022). S. 9ff, 42, 48ff,61, 68ff

<sup>10</sup> Vgl. Mies, Ullrich (2017), S.63 - 77

<sup>11</sup> Koschnik, Wolfgang (2016)

der repräsentativen Demokratie „diene nicht dem Gemeinwohl, sondern partikularen Interessen“ (S.51), die parlamentarische Demokratie sei eine „Scheindemokratie voller leerer Hülsen“ (S.111), die „Wähler spielen, wenn überhaupt, nur noch eine untergeordnete Rolle.“ (S.115) und „die Einbeziehung der Bevölkerung in Wahlen dient nur dazu, die Loyalität der Massen zu erhalten, da so der demokratische Schein bestehen bleibt“ (S.116).

### Marx zur Rätedemokratie

Karl Marx Wertschätzung der direkten Demokratie blieb auch vor dem Hintergrund politischer Enttäuschungen und Analysen im Laufe der Zeit erhalten. Da das Elend und die Entfremdung der Bevölkerungsmehrheit primär durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht wird, können diese Probleme nur in einer kommunistischen Gesellschaft gelöst werden. Alles andere sei Kosmetik und Symbolpolitik und führe langfristig zu einer Verschärfung der sozialen Lage.

Als 1871 in Paris die Arbeiterinnen und Arbeiter die Kommune erkämpften, erkannte Marx sofort den politischen Stellenwert der Räte- und damit der Direktdemokratie. Die Kommune war nach Marx „die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen“ (MEW 17, S.543), „eine Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Rücknahme des eignen gesellschaftlichen Lebens **des Volkes durch das Volk und für das Volk** (MEW 17, S.541). „Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“ (MEW 17, S.342). Sie würde „dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgeben [...], die bisher der Schmarotzerauswuchs „Staat“ [...] aufgezehrt hat“ (MEW 17, S. 341). Die Pariser Kommune „war eine Wiederbelebung durch das Volk und des eigenen gesellschaftlichen Lebens. Sie war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andere zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen (MEW 17, S.541f). „Wenn sonach die Kommune die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der [...] Gesellschaft war, und daher die wahrhaft nationale Regierung, so war sie gleichzeitig, als eine Arbeiterregierung, als der kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinn des Worts international“ (MEW 17, S.346).

Als direktdemokratische Staatsform war für Marx die Kommune „die politische Form der sozialen Emanzipation, der Befreiung der Arbeit von der [...] Sklaverei der Monopolisten der Arbeitsmittel, die von den Arbeitern selbst geschaffen oder Gaben der Natur sind. [...] Die Kommune beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen [...] erreichen wollen [...]. Sie vertritt die Befreiung der Arbeit [...], sie schafft das rationelle Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann“ (MEW 17, S. 545f). Auf dem Weg des direktdemokratischen

Kampfes zeige die Kommune wie die Arbeiterklasse die staatliche Macht erobern und ausüben könne. Sie sei im Keim das Musterbeispiel für den proletarischen Staat, indem über die direkte Demokratie der „unterdrückende Charakter der Staatsmacht“ (MEW 17, S.336) aufgehoben und die Herrschaft der Minderheit durch die Herrschaft der Mehrheit ersetzt wird. Dabei war sich Marx klar: „Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune.“ [...] Sie hat „lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen [...], durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben“ (MEW 17, S.343). „Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune“, betonte Marx, „wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft“ (MEW 17, S.362).

### **Eroberung der politischen Herrschaft des Proletariats**

Karl Marx ging von der Notwendigkeit der Kapitalismusüberwindung und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat aus. Dabei bestand und besteht die Frage, wie dieser revolutionäre Transformationsprozess aussehen soll. Als Basisdemokrat bestand für Marx kein Zweifel. Der „erste Schritt in der Arbeiterrevolution“ war für ihn „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie“ (MEW 4, S.481). Auch Engels wies darauf hin: „Die Demokratie hat in allen zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge, und die politische Herrschaft des Proletariats ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln“ (Engels, MEW 4, 317). „Demokratie das ist heutzutage der Kommunismus [so Engels], [...] proletarischen Prinzip, Prinzip der Massen“ (MEW 2, S.613). Die „politische Herrschaft des Proletariats ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln“ (Engels, MEW 4, S. 317).<sup>12</sup>

Es sind nach Marx und Engels nicht der Sturz der Regierung durch eine kleine organisierte Minderheit, nicht die Abschaffung des Kapitalismus durch die Auflösung staatlicher Strukturen, nicht der sozialistische Kampf um die parlamentarische Mehrheit oder das Warten auf die ferne Zukunft, es sind im Sinne der Pariser Kommune direktdemokratische Transformationsschritte, die den Kapitalismus überwinden und in die kommunistische Produktionsweise führen sollen.<sup>13</sup>

Was heißt dies konkret?

---

<sup>12</sup> Vgl. MEW 4, S.378f, 392; MEW 1, 548, 592; MEW 22, 235, 280

<sup>13</sup> Vgl. Müller, Alfred (2023): Die direktdemokratische Überwindung des Kapitalismus, in: <https://alfmueller.wordpress.com/category/direkte-demokratie/>



**Erstens** ist in allen Arbeits- und Lebensbereichen der Gesellschaft die Räte/Direkt-demokratie bis zur Machtübernahme auszudehnen. Sowohl in den Betrieben, in den Unternehmen, in den Kitas, in den Schulen und Hochschulen, in den Medien, beim Militär bis zu den Altersheimen sind direktdemokratische Strukturen aufzubauen und die Fremd- durch die demokratische Selbstregierung der erwerbstätigen und nicht – erwerbstätigen Bevölkerung zu ersetzen. Der direktdemokratische Transformations-pfad bedingt den Abschied von der parlamentarischen Demokratie und den Kampf für umfassende direktdemokratische Arbeits- und Lebensformen.<sup>14</sup>

Über den direktdemokratischen Kampf wird die Bevölkerungsmehrheit

- sich von ihrem Kadavergehorsam befreien,
- ihre passive politische Haltung ablegen,
- demokratische Kenntnisse und Fähigkeiten sowie ihr Selbstbewusstsein und ihre Selbstbestimmung entwickeln,
- erfahren, dass Systemreparaturen nicht genügen,
- das kapitalistische Produktionsverhältnis und die Herrschaft des Kapitals überwinden,
- die entfremdete Arbeit aufheben und
- die politische Macht erobern.

Die mit der Direktdemokratie gewonnene politische Selbstherrschaft des Volkes schafft die Möglichkeiten, die Lohnarbeit, den Profitzwang, die Marktwirtschaft und das Privateigentum aufzuheben, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die demokratische Planwirtschaft, die radikale Reduzierung der Erwerbsarbeit einzuführen und die Wirtschafts- und Lebensweise friedlich, solidarisch und nachhaltig zu gestalten. Eine Direktdemokratisierung der Gesellschaft hat heute nicht nur in den Unternehmen stattzufinden. Zwar ist der Aufbau der betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung zentral, doch es darf und kann nicht dabei stehenbleiben. Die Befreiung der Lohnabhängigen von der Herrschaft des Kapitals und ihrer abergläubischen Verehrung des bürgerlichen Staates erfordert eine gesellschaftlich umfassende Basisdemokratisierung. Nur so lässt sich eine selbstbestimmte Lebensform für alle erreichen in der jedes „Glied des Volkes zum gleichmäßigen Teilnehmer der Volkssouveränität“ (MEW 1, S:354) wird. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, durch das Volk und für das Volk, und dies ist nur über eine umfassende Direktdemokratisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche möglich. Unklarheiten über den Aufbau der gesamtgesellschaftlichen Räte/Direktdemokratieorganisation sind im Laufe des Demokratisierungsprozesses zu beheben.

Im Gegensatz zu putschistischen, linksradikalen und anarchistischen Vorstellungen bedeutet der direktdemokratische Weg keinen Ausstieg aus der Parlamentsarbeit. Parlamentarische Tätigkeiten dienen der Aufklärung, der Durchsetzung von gering-

---

<sup>14</sup> Vgl. Müller, Alfred (2019), S.190ff

fügigen Verbesserungen für die breite Bevölkerung und zur Unterstützung der außerparlamentarischen Kämpfe. Allerdings schließt die Mitarbeit in den Parlamenten die Regierungsbeteiligung aus, weil den revolutionären Linken in der Regierung aufgrund der Sachzwänge nichts anders übrigbleibt, als den Kapitalismus zu verteidigen und somit die Systemüberwindung aufzugeben.

**Zweitens** ist nicht der grüne Marktsozialismus anzustreben, sondern durch ein steigendes Angebot an freien Gütern und durch die Ausdehnung der volkswirtschaftlichen Planung die Zurückdrängung des Marktes. Karl Marx sah in der demokratischen Makroplanung einen unerlässlichen Bestandteil der postkapitalistischen Gesellschaft, weil nur so die Markt-anarchie mit ihren Wirtschafts- und Finanzkrisen überwunden und nach den Bedürfnissen der Bevölkerung gewirtschaftet werden kann.<sup>15</sup> Nach der Devise: Planung soweit wie möglich und Markt soweit wie nötig, sind in der Übergangsphase digitale Planungssysteme zu fördern, in der Praxis zu erproben und einzusetzen. Der Markt lässt sich nicht sofort im Hauruckverfahren abschaffen. Er ist im Ausmaß der freien Güter und der gesamtwirtschaftlichen Planausweitung zurückzudrängen.

In Anlehnung an die bürgerliche Ökonomie kritisieren viele Linke die Planwirtschaft. Sie sei ineffizient, führe in die Mangelwirtschaft und zur Zentralisierung. Unter den heutigen technischen und politischen Möglichkeiten funktioniert eine demokratisch organisierte Makroplanung auf der Basis der modernen Informationstechnologie jedoch besser als der anarchistische Marktmechanismus.<sup>16</sup> Sie ist gerechter, bedürfnisorientiert, umweltfreundlicher, innovativer, verbessert die Versorgung und führt zur Ausdehnung demokratischer Entscheidungsabläufe. Erst die demokratische Planwirtschaft ermöglicht alle an der Gestaltung der Wirtschaft mitzuwirken, die Krisen und die Arbeitslosigkeit aufzuheben, die Klimakatastrophen zu vermeiden und die Arbeits- und Lebensweise nachhaltig, friedlich und gerecht zu gestalten.<sup>17</sup>

Wer weiterhin an die Heilkräfte des Marktes (wie die Neoklassiker) und/oder an die Heilkräfte des kapitalistischen Staates (wie die Keynesianer) glaubt, befindet sich auf einem Irrweg, der nicht imstande ist, die kapitalistische Produktionsweise und ihre Zerstörungswirkungen aufzuheben.

**Drittens** ist die Arbeitszeit radikal zu verkürzen. Eine fortschreitende Arbeitszeitverkürzung führt dazu, dass die Werktätigen ihre Freizeit ausdehnen und so zuneh-

<sup>15</sup> Vgl. MEW 4, S.370, 375f; MEW 17, S.343, 551, 543-545; MEW 18, S.62; MEW 19, S. 19; MEW 23, S. 93, 193; MEW 24, S. 316f, 358; MEW 26.2, S. 509

<sup>16</sup> Vgl. Hamade, Houssam und Sorg, Christoph (2023): Die smarte Planwirtschaft, in: <https://www.zeit.de/kultur/2023-06/wirtschaftsplanung-ki-smarte-planwirtschaft-big-data/komplettansicht>

<sup>17</sup> Den gleichen Standpunkt vertreten Michael Albert in seinem Buch „Parecon“, S.120ff und Helmut Dunkhase in „Plädoyer für Planwirtschaft“.

mend ihr Leben nach den eigenen Bedürfnissen gestalten und ein erfülltes Leben führen können. Wenn diese Freizeitausdehnung zunehmend mit freien Güterangeboten gekoppelt wird, entwickelt sich eine Gesellschaft, in der nicht mehr das Geld, sondern solidarisch die individuelle Freiheit und Selbstbestimmung über das Wohlergehen entscheidet.

**Viertens** ist mit der Vergesellschaftung der Unternehmen das Vermögens- und Machteinkommen abzuschaffen. Dadurch sinken die Einkommensunterschiede auf einen geringen Abstand. Die Einkommensgestaltung erfolgt durch jeweilige Flächentarife. Wer gesundheitlich nicht arbeiten kann und/oder sein Erwerbsleben beendet hat, erhält ein ausreichendes Sozialeinkommen.

**Fünftens** erfordern die Klima- und Umweltkatastrophen, dass wir uns vom Wirtschaftswachstum verabschieden und die Wirtschaft nach dem Kreislaufprinzip klima- und umweltverträglich gestalten müssen. Da beides im Kapitalismus nicht möglich ist, setzt eine wirksame Klima- und Umweltpolitik eine direktdemokratische kommunistische Gesellschaft voraus.

Der Aufbau einer direktdemokratischen kommunistischen Gesellschaft wird kein leichter Weg sein. Die Kapitalisten fürchten die Direktdemokratie wie der Teufel das Weihwasser. Die Basisdemokratie bedroht ihre Privilegien. Entsprechend werden sie alle Hebel in Gang setzen, um ihr kapitalistisches Herrschaftssystem zu verteidigen. Der Prozess der Direktdemokratisierung wird aber nicht am Widerstand des Kapitals scheitern, solange er von der breiten Bevölkerung gewünscht und getragen wird. Es ist eine wesentliche Ursache der 1918er deutschen Räteniederlage, dass die Bevölkerungsmehrheit nicht hinter der Rätedemokratie stand und sie sich so von den parlamentarischen Lockangeboten der MSPD verführen ließ. Die umfassende Direktdemokratisierung der Gesellschaft macht es möglich, weite Teile der Bevölkerung für die Basisdemokratie zu gewinnen und so den konterrevolutionären Maßnahmen des Kapitals zu widerstehen. Der direktdemokratische Kampf ist ein notwendiger und erfolgreicher Weg, um die Kapital- durch die Volksherrschaft (die Diktatur der Arbeiterklasse) zu ersetzen. Er sollte der Ansatzpunkt für eine neues, umfassendes und systemtransformatives Projekt der Linken sein, in der Übergangsmaßnahmen durchgesetzt werden, „die geeignet sind, [...] einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen“ (MEW 16, S.369).

Wer heute auf den direktdemokratischen Pfad verzichtet, in der Parlamentsarbeit und in symbolischen Reformen sein Heil sucht, landet unweigerlich bei Bernstein und Keynes und ihrer Politik der Fortentwicklung und Bändigung des Kapitalismus. Erst in der praktischen Durchsetzung der direktdemokratischen kommunistischen Grundsätze besteht die Chance, den Kapitalismus aufzulösen und eine neue friedliche, gerechte, störungsfreie, umweltfreundliche und bedürfnisorientierte Gesellschaft aufzubauen.

## **Zusammenfassung:**

Der Artikel "Marx und die direkte Demokratie" von Alfred Müller untersucht das Verhältnis von Karl Marx zur direkten Demokratie und seine Ansichten zur Überwindung des Kapitalismus. Müller stellt heraus, dass Marx die Pariser Kommune von 1871 als Modell für die Diktatur des Proletariats ansah und daraus folgend die direkte Demokratie als wesentliches Element für die politische Theorie und Praxis der Lohnabhängigen betrachtete. Marx kritisierte die autokratische Staatsauffassung Hegels und setzte sich stattdessen für die ungeteilte Volkssouveränität ein. Er glaubte, dass die wahre Demokratie das Volk in die Lage versetzen würde, direkt über wichtige Staatsangelegenheiten zu entscheiden und die Staatsmacht im Interesse der Bevölkerungsmehrheit auszuüben.

Für Marx war und ist die parlamentarische Demokratie eine Herrschaftsform der Bourgeoisie zur Absicherung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Privilegien. Trotzdem unterstützte er die parlamentarische Demokratie unter bestimmten Umständen: als Mittel zur Überwindung des Feudalismus und als Mittel zur Förderung der Arbeiterinteressen und des revolutionären Kampfes. Nach Marx war die Umsetzung der direkten Demokratie ein zentraler Hebel zur Auflösung des Kapitalismus. Er argumentierte für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Schritte zur Erreichung einer freien und gerechten kommunistischen Gesellschaft, die auf den Prinzipien der direkten Demokratie basiert. Heute erfordert die direktdemokratische Transformation eine umfassende Basisdemokratisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche.

## **Literatur**

Agnoli, Johannes (2003): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Konkret Literatur Verlag, Hamburg

Albert, Michael (2003): Parecon, Leben nach dem Kapitalismus, Trotzdem Verlag, Frankfurt/Main

Hamade, Houssam und Sorg, Christoph (2023): Die smarte Planwirtschaft, in: <https://www.zeit.de/kultur/2023-06/wirtschaftsplanung-ki-smarte-planwirtschaft-big-data/komplettansicht>

Colin, Crouch (2008): Postdemokratie, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Colin, Crouch (2022): Postdemokratie revisted, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Dunkhase, Helmut (2022): Plädoyer für Planwirtschaft. Vom Umgang mit Widersprüchen in DDR, Sowjetunion und VR China, PapyRossa Verlag, Köln

Hegel, G.W.F. (1970): Grundlinien der Philosophie des Rechts, Reclam Verlag, Stuttgart

Koschnick, Wolfgang (2016): Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr. Abschied von einer Illusion, Westend Verlag, Frankfurt/Main

Marx, Karl:

- Marx Engels Werke (MEW) , Dietz Verlag, Berlin
- Grundrisse (GR), Europäische Verlagsanstalt Frankfurt

Maus, Ingeborg (2019): Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie, Suhrkamp Verlag, Berlin

Mausfeld, Rainer (2018): Warum schweigen die Lämmer. Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören, Westend Verlag, Neu-Isenburg, 3. Auflage

Mausfeld, Rainer (2023): Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt – Einsichten aus 5.000 Jahren, Westend Verlag, Neu – Isenburg

Mausfeld, Rainer (2024): Demokratie am Abgrund? Vortrag, in:  
<https://www.youtube.com/watch?v=8YYycaOx51s>

Mies, Ullrich (2017): Demokratie als Fiktion – Oligarchenherrschaft als Realität, in: Mies, Ullrich/Wernicke, Jens (Hrsg.): Fassadendemokratie und tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter, Promedia Verlag, Wien

Müller, Alfred (2019): Eine Wirtschaft, die tötet. Über den Kapitalismus, seine Überwindung und die Zeit danach, PapyRossa Verlag, Köln

Müller, Alfred (2023): Die direktdemokratische Überwindung des Kapitalismus, in:  
<https://alfmueller.wordpress.com/category/direkte-demokratie/>

Piketty, Thomas (2022): Eine kurze Geschichte der Gleichheit, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Selk, Veith (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Suhrkamp Verlag, Berlin